

**II—3390 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates**  
**XIV. Gesetzgebungsperiode**

Nr. 17221J

1978 -03- 03

**A n f r a g e**

der Abgeordneten HAGSPIEL, Dr. Blenk, Dr. Feurstein, Dr. Schwimmer und Genossen  
an den Bundesminister für soziale Verwaltung  
betreffend unrichtige Auskunftserteilung an Abgeordnete im Ausschuß für soziale Verwaltung

Zwei für das Land Vorarlberg besonders interessante Abkommen, weil Vorarlberg als Anrainer aller drei Staaten sehr viele Anrechnungsfälle vor allem wegen der vielen Grenzgänger haben wird, standen in letzter Zeit zur Diskussion. Von Presseberichten aufmerksam gemacht, wollte die Landesregierung nach telefonischer Rückfrage beim Sozialministerium Einsicht in den Inhalt eines der Abkommen (Übereinkommen im Bereich der Sozialen Sicherheit, das die Länder BRD, Schweiz, Liechtenstein und Österreich betrifft) nehmen, was seitens des Ministeriums zunächst abgelehnt wurde. Erst nach schriftlichem Ersuchen wurde der Landesregierung der Entwurf zur Kenntnis übermittelt. Bezuglich des Zweiten Zusatzabkommens zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Republik Österreich über Soziale Sicherheit wurde mit der Vorarlberger Landesregierung überhaupt keinerlei Kontakt gepflogen.

Bei der am 23.2.1978 stattgefundenen Sitzung des Sozialausschusses wurde an den Bundesminister für soziale Verwaltung die konkrete Anfrage gestellt, ob bezüglich dieser Abkommen mit dem Land

- 2 -

Vorarlberg Fühlung aufgenommen worden ist, worauf von den zuständigen Ministerialbeamten, sowie von Abgeordneten der SPÖ erklärt wurde, daß vom Land Vorarlberg eine sehr positive Stellungnahme vorliege.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für soziale Verwaltung folgende

A n f r a g e :

- 1) Welche Gründe waren dafür maßgebend, daß über das Zweite Zusatzabkommen mit dem Land Vorarlberg keinerlei Fühlung aufgenommen wurde ?
- 2) Aus welchen Gründen wurde die Einsicht in das Übereinkommen zwischen der BRD, der Schweiz, Liechtenstein und Österreich im Bereich der Sozialen Sicherheit der Vorarlberger Landesregierung erschwert ?
- 3) Wie begründen Sie die den Tatsachen widersprechenden Aussagen der Sie begleitenden Beamten des Sozialministeriums auf die konkrete Anfrage des Erstanfragestellers in der erwähnten Sitzung des Sozialausschusses vom 23.2.1978 ?